



Schöner

Attraktiv soll Bielefeld werden – durch den Masterplan Innenstadt. Manch einer traut dem Verfahren nicht viel zu. **Seite 3**



Lauter

Das Viertel feiert sein Stadtteilfest und lässt es hofentlich ordentlich krachen. Das Programm gibt es auf **Seite 6**.



Schneller

Bielefeld ist »fahrradfreundliche Stadt«. Dabei lässt die meist befahrene Radlerroute viel zu wünschen übrig. **Seite 7**

W i e r t e l

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.22 | Juni / Juli 2013

Kein Land in Sicht

Die Stadt spart im Sozialen so viel wie seit zehn Jahren nicht mehr. Alternativlos, sagt die Stadt. Die Betroffenen sehen den sozialen Konsens in Gefahr, hat **Silvia Bose** herausgefunden



FOTO: MARTIN SPECKMANN

Es sieht nach einer bekannten Taktik aus – erstmal Entschlossenheit demonstrieren, hoch ansetzen und Existenzen bedrohen: Bunker Ulmenwall weg, Bürgerwache weg. Keine Kita mehr in städtischer Trägerschaft und noch manch andere Grausamkeit. Und dann im zweiten Schritt die geplanten Kürzungen teilweise zurücknehmen. Das demonstriert guten Willen, bricht den Widerstand und entlockt den Betroffenen sogar noch Stoßseufzer der Erleichterung.

Da bedanken sich Kita-Mitarbeiterinnen am Tag der Arbeit mit tränenerstickter Stimme bei Oberbürgermeister Pit Clausen. Der hatte kurz zuvor seine eigenen Kürzungsideen heldenhaft zurückgenommen und verkündet, dass städtische Kitas städtisch bleiben. Wolfgang Groß vom Trägerverein des Bunkers freut sich, dass es mit einer Kürzung um 25.000 Euro weitergeht; im Raum standen mal 96.000 Euro. Groß im WDR-Fernsehen: »Das können wir ausgleichen durch weitere ehrenamtliche Arbeit«. Und auch für die Bürgerwache gibt es noch eine Zukunft, nachdem die Politik nicht 15.000, sondern nur 5.000 Euro kürzt.

Wirtschaften in der Haushaltssicherung

Es hätte schlimmer kommen können. Die Ampelkoalition findet denn auch die Kürzungen bei den Leistungsverträgen mit den freien Trägern um insgesamt 500.000 Euro

vertretbar und betont, dass es dazu in der Haushaltssicherung keine Alternative gegeben habe. (Die abschließende Ratsentscheidung soll am 18. Juni fallen – nach Redaktionsschluss.) Bielefeld steht – wie viele Kommunen – seit Jahren tief in der Kreide. Die Schulden belaufen sich mittlerweile auf rund eine Milliarde Euro, im Haushalt für das Jahr 2013 fehlen mehr als 80 Millionen Euro. Wenn es gut läuft, kann die Stadt im Jahr 2022 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Auf dem Weg dahin prüft die Bezirksregierung Detmold akribisch, ob Bielefeld auch spart.

»Unter den Bedingungen konnten wir die Leistungsverträge nur erhalten, wenn wir kürzen«, sagt Klaus Rees von den Grünen und nennt das selbst »eine Quadratur des Kreises«. Die Kürzungen sicherten die Leistungsverträge weitere drei Jahre. Obendrauf gäbe es sogar noch drei Prozent mehr für steigende Personal- und Sachkosten. Dadurch spürten manche Träger gar nicht, dass sie weniger bekämen. Außerdem passten die Kürzungen die Leistungsverträge an die Realität an, meint Rees. Zum Beispiel brauchten Jugendzentren nicht mehr so viele Sozialarbeiter wie 1997, als die Verträge geschlossen wurden, weil heute viele Kinder in Ganztagschulen gingen.

Die Betroffenen sehen das ganz anders. »Diese Kürzungen stellen den sozialen Konsens in dieser Stadt in Frage«, sagt Bernd Onckels, Vorsitzender der Arbeitsgemein-

schaft Wohlfahrtsverbände Bielefeld. Die viel beschworene Alternativlosigkeit glaubt er so lange nicht, wie sich Bielefeld »so viele Bezirksvertretungen wie die Millionenstadt Köln leistet«. Auch Erwin Adams vom Paritätischen Wohlfahrtsverband ist sauer. Er spricht von den »tiefsten Einschnitten seit zehn Jahren, die bittere Einschränkungen« mit sich brächten. »Und das macht Rot-Grün«, klagt Adams.

Folgekosten in Kauf nehmen

Hart getroffen sind Arbeiterwohlfahrt, Diakonie und Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS). Weil Politik und Verwaltung zu viele Familienberatungsstellen sehen, bekommen die 150.000 Euro weniger. Dadurch fallen auch noch 70.000 Euro an Landesmitteln weg. Die Träger müssen Angebote einschränken oder ganz einstellen – die Diakonie etwa das Krisentelefon, die GfS Hilfen für von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche, die AWO ihre Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien in Baumheide. Mindestens 400 Ratsuchende und ihre Familien bekämen durch die Kürzungen keine Hilfe mehr. »Dabei belegen Studien, dass jeder Euro, der in Familienberatung investiert wird, 4 Euro an Folgekosten spart«, sagt Uwe Reeske von der GfS und rechnet vor: »Mit den Kürzungen nimmt die Stadt Folgekosten von 880.000 Euro pro Jahr in Kauf«. Dabei müsse Bielefeld dringend in die soziale Infrastruktur investieren.

Ampel: Jammern auf hohem Niveau

Tut die Stadt aber nicht. Man jammere hier auf hohem Niveau, heißt es in der Ampelkoalition. In anderen Städten gäbe es längst keine Leistungsverträge mehr. Das lässt Böses ahnen. Schließlich muss die Stadt sparen und will es auch aus Furcht vor Nothaushalt und Sparkommissar.

Dabei wissen alle, dass die Haushaltsmiserie nicht nur hausgemacht ist. Britta Habelmann, kommunalpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion aus Bielefeld, hat gerade erst die Bundesregierung kritisiert: »Die Kommunen sind und bleiben unterfinanziert!« Trotzdem strampeln sich die PolitikerInnen der Ampelkoalition ab im Schuldenmeer. Land ist nicht in Sicht. Und in drei Jahren heißt es dann vielleicht wieder: Erstmals Entschlossenheit demonstrieren, hoch ansetzen und Existenzen bedrohen.

Schwarz hat Zukunft

Ein Kommentar von **Silvia Bose** zu dem Artikel »Kein Land in Sicht«

Die Zukunft – unendliche Weiten. Doch was die eigene Stadt angeht, kann es ganz schön eng werden. Was heute wie ein Märchen klingt, wird bald schon Wirklichkeit sein. Springen wir ins Jahr 2063: Bielefeld, endlich schuldenfrei. Weil es keine sozialen Leistungen mehr gibt. Kulturell nichts und niemand mehr gefördert wird.

Einige wenige Bielefelder haben sich dennoch ihr Glück geschmiedet. Auf Kosten der anderen. Hinter hohen Metallzäunen leben sie unterhalb von Spartenburg und am Johannisberg. Streng bewacht. Die Sicherheitsbranche boomt. Bereits jeder fünfte Erwerbsfähige in der Stadt trägt schwarz. Zu den schwarzen Sheriffs gesellen sich hunderte auch eher dunkle Gestalten, die möglichst unbemerkt bleiben wollen. Sie verdienen ihr Geld damit, es anderen wegzunehmen. Morde kommen immer öfters vor. Der Knast in Ummeln ist längst das größte Gebäude der Stadt, vor der Universität, die sich wegen der horrenden Studiengebühren nur noch wenige leisten können. Schwarze Sheriffs begleiten die wenigen Reichen auch ins Theater, wo sie bestimmen, was auf die Bühne kommt. In diesem Jahr ist es die Dreigroschenoper. Ein bißchen Gänsehaut muss schon sein.

Vorm Theater fahren übrigens keine Stadtbahnen mehr, sondern Rikschas. Das ist pittoresk, klimaneutral und hilft Verlierern, sich eine Suppe zu verdienen. Verlierer wie die Rikscha-Fahrer wohnen in Schlafwaben im ehemaligen Stadtbahntunnel. Bei der Wohnungslotterie gibt es nur selten Gewinner. Immerhin, die Stromrechnung für die LED-Lampe in der Schlafwabe ist schon beglichen. Das Unternehmen »BieNergie« hat den Brennwert ihrer Leuchten bereits in Rechnung genommen.

» vorlaut

Wackelzahn

Die Kleine grinst, entblößt eine äußerst lückenhafte Zahnleiste und zeigt ihren kippeligen Schneidezahn: »Schau mal, ich habe einen Wackelzahn.« Der Angesprochene, ein Mann von gut 50 Lenzen, ist wenig beeindruckt. »Pfff..., hab' ich auch«, kontert er, zeigt in seinem geöffneten Mund einen hinteren Backenzahn und rüttelt demonstrativ mit dem Finger daran. Die Kleine schaut ihn an, ein wenig entsetzt, mit großen Augen, und sagt: »Ja. Aber deiner wächst nicht mehr nach!« Wohl wahr.